

Deutschland : ein Einwanderungsland

Autor(en): **Münz, Rainer / Wirth, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **81 (2001)**

Heft 11

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-166545>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rainer Münz, geboren 1954 in Basel, ist seit 1992 Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität. Davor war er Direktor des Instituts für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

DEUTSCHLAND – EIN EINWANDERUNGSLAND

Ein Gespräch mit dem Schweizer Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz, Mitglied der Süssmuth-Kommission der deutschen Bundesregierung

Alternde Gesellschaft: Die von der deutschen Bundesregierung eingesetzte Süssmuth-Kommission empfiehlt, dass bis 2005 jedes Jahr 40 000–50 000 Menschen zusätzlich in die Bundesrepublik einwandern sollen. Langfristig besteht ein noch weit höherer Bedarf. Massive Einwanderung sei der einzige realistische Weg, der Alterung und Schrumpfung der deutschen Gesellschaft entgegenzuwirken und die damit verbundenen Einbussen in der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft zu vermeiden. Mit Rainer Münz, der an der Berliner Humboldt-Universität lehrt und selbst Mitglied der Süssmuth-Kommission war, unterhielt sich Michael Wirth.

Michael Wirth: Das wichtigste Ergebnis der in diesem Sommer abgeschlossenen Arbeit der Süssmuth-Kommission ist, dass sie die Bundesrepublik zu einem Einwanderungsland erklärt hat. Ist Deutschland denn nicht schon seit Anfang der Sechzigerjahre, als man begann, gezielt ausländische Arbeitnehmer anzuwerben, ein Einwanderungsland?

Rainer Münz: Faktisch ist Deutschland – insbesondere die westliche Hälfte Deutschlands – seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eines der wichtigsten Wanderungsziele weltweit. Aber in der Vorstellungswelt der Deutschen blieb Zuwanderung der Ausnahmefall. Am Ende jeder Migrationswelle, so die Hoffnung, würde sich der Normalzustand wieder herstellen. Und mit diesem Normalzustand assoziierten die meisten eben eine Situation ohne nennenswerte Ein- und Auswanderung. Denn Sesshaftigkeit, nicht Mobilität, gilt in Europa als normal.

Diverse Papiere der Bundestagsparteien fordern nun eine aktive Zuwanderungspolitik. Haben die Deutschen ihre Angst vor den Ausländern als Konkurrenten um ihre Arbeitsplätze aufgegeben?

Diese Angst gibt es weiterhin. Aber die Rentenreform des Jahres 2000, bei der eine Senkung der zukünftigen staatlich garantierten Renten beschlossen wurde, hat einer breiten Mehrheit in Deutschland klar gemacht, dass Wohlstand auch davon abhängt, wie viele Menschen zukünftig in Deutschland produktiv tätig sein werden. Ausserdem benötigt der Industrie- und

Dienstleistungsstandort Deutschland zukünftig sicherlich ein höheres Mass an Internationalität und «Durchlässigkeit», was die Rekrutierung von Personal, Studierenden und Auszubildenden betrifft. Seit dem 11. September 2001 gibt es allerdings eine neue Angst: die Angst davor, dass wir mit den Migranten auch vermehrt die Konflikte der jeweiligen Herkunftsregionen sowie eine fundamentalistische Gegnerschaft gegen unsere westlichen Werte und Institutionen «importieren».

Wen will man künftig ins Land lassen und auf der Basis welcher Kriterien?

Deutschland und andere westeuropäische Staaten benötigen unterschiedliche Kategorien von Zuwanderern. Industrie und produktionsnahe Dienstleister suchen derzeit vor allem nach höher qualifizierten Spezialisten. Zum Teil vergeblich: Daher kommt von dort der Ruf nach einem Ende des Anwerbstopps. In anderen Bereichen gibt es hingegen auch eine Nachfrage nach weniger qualifizierten Migranten. Das beginnt bei den Krankenhäusern, denen es an Pflegepersonal mangelt, und reicht bis in die privaten Haushalte, die nach Kindermädchen, Putzfrauen und Gärtnern suchen. Schliesslich gibt es in der Landwirtschaft und im Tourismus wegen der dort bloss vorübergehenden Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Ernte bzw. in der Winter- oder Sommersaison eine starke Nachfrage nach Saisoniers. Müssten Dauerarbeitskräfte mit Kündigungsschutz eingestellt werden, dann würden sich in Deutschland Wein- und Obstbau sowie Spargel- und

Beerenernte, aber auch die Beherbergung von Gästen an Nord- und Ostsee ökonomisch kaum noch lohnen. Ein Kriterium für die Anwerbung bzw. Aufnahme von Migranten ist somit die Knappheit an Arbeitskräften mit bestimmter Qualifikation auf dem inländischen bzw. westeuropäischen Arbeitsmarkt. Ein anderes Kriterium, das vor allem bei Dauerzuwanderung eine Rolle spielen sollte, sind nicht unmittelbar arbeitsmarktrelevante Eigenschaften und Fähigkeiten, die später bei der Integration entscheidend sind.

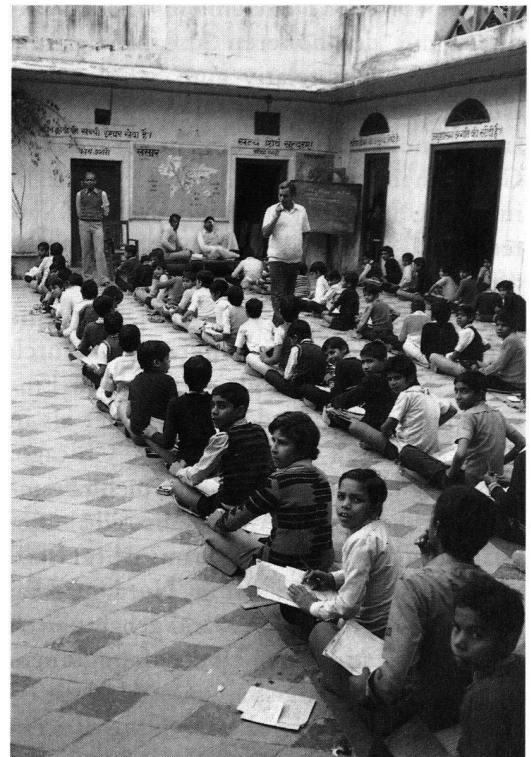
Ist das Problem der Steigerung der Reproduktionsrate einer Gesellschaft einerseits und die Stabilisierung der Produktivitätsrate andererseits eigentlich mit einer einzigen Massnahme, der Zuwanderung nämlich, zu regeln, wenn man nur die Hochqualifizierten kommen lässt?

Die Alterung der Gesellschaft kann durch Zuwanderung überhaupt nicht verhindert, sondern allenfalls gebremst werden. Denn die Migranten werden genauso älter wie die Einheimischen. Niedrige Kinderzahlen lassen sich durch Zuwanderung eher kompensieren. Qualifizierte Zuwanderer sind leichter integrierbar als unqualifizierte. Gleiches gilt für Migranten mit Kenntnissen der Sprache, die im Ziel-land gesprochen wird. Trotzdem werden wir auch in Zukunft auf Effizienz- und Produktivitätssteigerungen, also auf technischen und organisatorischen Fortschritt nicht verzichten können. Dies setzt Innovation und mehr Flexibilität voraus. Dass aber die Innovationskraft sowie die Flexibilität der Einzelnen und des Systems in einer alternden Gesellschaft automatisch steigt, ist nicht anzunehmen.

Wird es möglich sein, Hochqualifizierte ins Land zu holen und gleichzeitig Minderqualifizierte fernzuhalten? Welche rechtlichen Grundlagen wird es geben?

Um hochqualifizierte Migranten müssen wir uns aktiver bemühen, denn die können sich das Zielland ihrer Wahl zukünftig aussuchen. Weniger Qualifizierte werden auch nach Westeuropa kommen, nicht zuletzt im Wege des Familiennachzugs. Schliesslich darf man nicht übersehen, dass wir selbst es sind, die eine Nachfrage nach gering qualifizierten Migranten schaffen: wir als Gäste in Gastronomie und Tourismusbetrieben, wir als Konsumenten von Produkten der einhei-

Eine Schulklasse in Alwar, nahe Jaipur in Indien während des Examens. Junge, gut ausgebildete Menschen aus dem indischen Subkontinent könnten als Fachkräfte einmal den europäischen Volkswirtschaften bei der Sicherung ihrer hohen Produktivität helfen.



mischen Landwirtschaft, die schliesslich jemand ernten muss, wir als private Haushalte und Familien, in denen Einkaufen, Kochen, Putzen, Kinderbetreuung und Altenpflege an legale, aber auch an irreguläre Kräfte ausgelagert werden.

Bundesinnenminister Otto Schily befürchtet, nach dem relativen Misserfolg der Greencard, dass auch die Forderungen der Kommission zu kurz greifen.

Die deutsche Greencard war bislang kein grosser Erfolg. Sie hat ja mit dem US-amerikanischen Vorbild nur den Namen gemeinsam. Anders als in den USA gibt es aber mit der deutschen Greencard nur einen auf 5 Jahre befristeten Aufenthalt. Für Tüchtige, stark Motivierte und Hochqualifizierte, die ihr Leben planen wollen, ist das nicht sonderlich attraktiv. Deshalb braucht Deutschland Zuwanderer, denen ein unbefristeter Aufenthalt zugesichert wird. Zur Auswahl dieser privilegierten Zuwanderer und zukünftigen Neu-Bürger sind Kriterien erforderlich. Ein Punktesystem wäre die transparenteste Lösung. In Kanada, Australien und Neuseeland hat sich das sehr bewährt.

Hat Deutschland nicht enorme Standortnachteile gegenüber Nordamerika, wenn man etwa an die Steuerbelastungen junger Unternehmer oder die Ausländerfeindlichkeit denkt. Wo liegen denn Ihrer Meinung nach die deutschen Standortvorteile?

.....

Ein Kriterium für die Anwerbung bzw. Aufnahme von Migranten ist die Knappheit an Arbeitskräften mit bestimmter Qualifikation auf dem inländischen bzw. westeuropäischen Arbeitsmarkt.

.....

Die Vorteile Deutschlands haben indirekt mit der höheren Abgabebelastung zu tun. Es gibt relativ gute Schulen und Universitäten, für die Eltern nichts bezahlen müssen. Es gibt ein gut ausgebautes Gesundheitssystem und – anders als z. B. in den USA – ein flächendeckendes System von Krankenkassen. Es gibt mehr öffentlich geförderten Wohnraum, was die Mietkosten auch für jene senkt, die keine geförderte Wohnung benutzen. Dadurch ist die Kaufkraft bei gleichem Netto-Einkommen in Berlin oder Köln höher als in New York, San Francisco oder Chicago. Bei uns gibt es zwar vielleicht mehr Fremdenfeindlichkeit im Alltag. Aber alle anderen Formen von Gewaltkriminalität sind wesentlich seltener als in Nordamerika. Schliesslich liegt Deutschland geographisch näher an bestimmten Herkunftsregionen. Für jene, die regelmässig ins Herkunftsland zurück reisen wollen, könnte dies ein zusätzliches Argument sein.

Die osteuropäischen Länder werden auch bald keinen Überschuss an qualifizierten Arbeitnehmern mehr haben. Aus welchen Ländern sollten denn die Fachleute kommen?

Geburtenrückgang und Bevölkerungsschrumpfung finden in der östlichen Hälfte Europas mit grösserem Tempo statt als in Westeuropa. Das «Reservoir» an möglichen Migrantinnen wird dort somit bald erschöpft sein. Vor allem Angehörige der schmalen Geburtenjahrgänge der Neunzigerjahre werden zukünftig gute Chancen auf den Arbeitsmärkten Ostmitteleuropas haben. Deshalb wird dauernde Zuwanderung, die ja nicht bloss kurzfristige «Lücken» füllt, sondern ein demographisches Defizit kompensieren soll, mittelfristig vor allem aus Südasiens, China, eventuell aus dem Nahen und Mittleren Osten kommen. Nur dort gibt es auf absehbare Zeit noch grosse und wachsende Bevölkerungen.

Welche Parallelen gibt es zwischen dem «Kreisesystem», mit dem Bundesrätin Ruth Metzler die Schweiz für die Aufnahme qualifizierter Arbeitnehmer aus dem Ausland bereit machen will, und dem Punktesystem Ihrer Kommission?

Das Punktesystem ist strikt herkunftsneutral. Gewertet werden individuelle Kriterien wie Alter, Ausbildung, Sprachkenntnisse und Berufserfahrung. Kollektive Kriterien wie Religion, Hautfarbe oder

.....

*Seit dem
11. September
2001 gibt es
eine neue Angst:
die Angst davor,
dass wir mit den
Migranten auch
vermehrt die
Konflikte der
jeweiligen Her-
kunftsregionen
sowie eine funda-
mentalistische
Gegnerschaft
gegen unsere
westlichen Werte
und Institutionen
«importieren».*

.....

ethnische Zugehörigkeit spielen bei diesem System keine Rolle. Überdies stehen Präferenzen nach dem «Kreisesystem» im Widerspruch zu den künftigen EU-weiten Mindestanforderungen an nationale Antidiskriminierungsgesetze. Die klassischen Einwanderungsländer haben schon vor mehr als 30 Jahren ihre offizielle Präferenz für Einwanderer mit weisser Hautfarbe und europäischer Herkunft aufgegeben. Beim Kreisesystem geht es zwar vordergründig nicht um die Hautfarbe, sondern um vermeintliche oder tatsächliche kulturelle Nähe. Wir sollten uns allerdings keiner Illusion hingeben. Zuwanderung in grösserem Umfang wird es zukünftig aus den Industriestaaten in unserer Nähe nicht geben können. Auch in den USA, in Kanada und in Australien stammen heute mehr als 80 Prozent aller Neuzuwanderer aus Ländern der sogenannten Dritten Welt.

Braucht es nicht sowohl in der Schweiz wie auch in Deutschland neben der Zuwanderung mehr familienpolitische Massnahmen? Hat nicht Frankreich zum Beispiel in den letzten vier Jahren gezeigt, dass dann eine markante Geburtensteigerung möglich ist?

Eine markante Geburtensteigerung kann ich in Frankreich nicht entdecken, wohl aber im Schnitt mehr Kinder pro Familie als in Deutschland und der Schweiz. Französinen bekommen durchschnittlich 1,6–1,7 Kinder, Schweizer Bürgerinnen derzeit nur noch 1,3 Kinder. Bei einheimischen Deutschen und Italienerinnen sind es bloss noch 1,2 Kinder. Zugleich ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Müttern in Skandinavien und in Frankreich grösser als in der Schweiz, in Deutschland oder in Italien. Aus bevölkerungs- und familienpolitischer Sicht sollte daher ein Ausbau der institutionellen Betreuung von Vorschul- und Schulkindern eindeutig Vorrang vor Geldleistungen haben. Trotzdem muss uns eines klar sein: Der Geburtenrückgang der Vergangenheit bedeutet, dass es in Zukunft weniger potenzielle Eltern geben wird. Selbst eine sehr grosszügige Familienpolitik wird daher insgesamt nicht zu mehr Geburten in Europa führen. Wir werden uns auf ein Schrumpfen zumindest der einheimischen Bevölkerung einstellen müssen. Ob die Bevölkerung auch als ganze kleiner wird, hängt allerdings davon ab, wie viel Zuwanderung wir im 21. Jahrhundert haben wollen oder müssen. ♦